

K-1 Krisenresilienz in Rheinland-Pfalz stärken: Kritische Infrastruktur und Bevölkerung nachhaltig schützen

Antragsteller*in: Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Lea Heidbreder (KV Landau), Johannes Kobiela (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Katharina Binz (KV Mainz), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Janosch Littig (KV Mainz), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück), Lea Siegfried (KV Kaiserslautern), Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz), Marius Schlageter (KV Ludwigshafen), Michael Lichter (KV Trier), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz);;

Tagesordnungspunkt: 3. Solidarität in der Krise

Antragstext

1 Durch die Corona-Pandemie wurde der Fokus auch auf die Belastbarkeit und die
2 Vorsorge staatlicher Einrichtungen gerichtet. Zudem hat der Angriffskrieg
3 Russlands gegen die Ukraine auch uns in eine andere sicherheitspolitische Lage
4 gebracht und offenbart, dass wir vor bestimmten sicherheitspolitischen
5 Bedrohungen nicht ausreichend geschützt sind. Insbesondere im Bereich des
6 physischen Schutzes gibt es Nachholbedarf.

7 Straßen, Eisenbahnlinien, Wasserstraßen, Gas- und Elektrizitätsnetze,
8 Kommunikationsnetze oder Flughäfen, Gesundheitssystem mit Krankenhäusern, die
9 Polizei, das Rettungswesen und der Katastrophenschutz sowie unsere staatliche
10 Verwaltung sind wesentlich für unser Zusammenleben.

11 Unsere Gesellschaft ist auf eine krisenresiliente kritische Infrastruktur
12 (KRITIS) angewiesen. Eine sichere Energie- und Wasserversorgung, funktionierende
13 Mobilitätsangebote, zuverlässige Informations- und Kommunikationswege sowie der
14 Schutz von systemrelevanter Industrie liegen in unser aller Interesse.

15 Einen hundertprozentigen Schutz vor Gefahren wird es niemals geben. Wir
16 rheinland-pfälzischen GRÜNE setzen uns aber dafür ein, dass Strukturen

17 resilienter und widerstandsfähiger werden. Alle staatlichen Ebenen müssen aus
18 den Erfahrungen der letzten Monate und Jahre dazulernen, kritische Infrastruktur
19 neu denken und dabei ganzheitlich zu betrachten. Dafür muss identifiziert
20 werden, welche Bereiche wir in unserem Land besonders gegen Gefahren schützen
21 müssen.

22 Der Bund hat die Aufgabe, die gemeinsame Verantwortung, die Rechte und Pflichten
23 der staatlichen Akteure verbindlich zu regeln, um Handlungssicherheit zu
24 schaffen. Mit einem **KRITIS-Dachgesetz auf Bundesebene** müssen offene Fragen
25 schnell geklärt und somit Handlungs- und Definitionssicherheit geschaffen
26 werden. Darunter fallen auch eine Evaluation und Anpassung der aktuellen
27 Schwellenwerte, die festlegen, welche Strukturen ab welcher Größe zu schützen
28 sind, innerhalb der aktuellen KRITIS-Rechtsverordnung. Die Grenzwerte sind
29 häufig so hoch angesetzt, dass häufig besonders schützenswerte Infrastruktur
30 überhaupt nicht von den gesetzlichen Regelungen erfasst wird. Ein gutes Beispiel
31 ist der Schwellenwert in der Wasserversorgung. Aktuell sind Versorgungsbetriebe
32 erst ab 22 Millionen Kubikmeter verteilter Wassermenge pro Jahr als KRITIS
33 eingestuft. Das entspricht dem Versorgungsvolumen von rund 500.000 Menschen.
34 Daneben braucht es dringend eine regulative Basis für den physischen Schutz
35 Kritischer Infrastrukturen. Die jüngsten Angriffe auf Unterseekabel,
36 Energiepipelines oder das Netz der Deutschen Bahn verdeutlichen die physische
37 Bedrohungslage und den notwendigen Handlungsbedarf. Auf das KRITIS-Dachgesetz
38 aufbauend setzen wir uns dafür ein, dass auch auf Landes- und kommunaler Ebene
39 die ableitbaren Aufgaben umgesetzt werden.

40 Zukünftig ist ein besonderes Augenmerk auf die Verzahnung des physischen
41 Schutzes mit Sicherung unserer IT-Infrastruktur zu legen. Im Zuge der
42 **Verwaltungsdigitalisierung** wird Schritt für Schritt auch die IT-Sicherheit
43 ausgebaut. Mit dem Landesbetrieb Daten und Information (LDI) hat Rheinland-Pfalz
44 einen eigenen IT-Dienstleister, der bereits hohe Sicherheitsstandards einhält.
45 Darüber hinaus hält das Land ein Sicherheits- und Computer-Notfallteam bereit,
46 das sogenannte Computer Emergency Response Team (CERT). Daher war und ist es
47 richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf Landesebene dafür eingesetzt
48 haben, dass der LDI als zentraler IT-Dienstleister des Landes weiterentwickelt
49 wird – beispielsweise durch den Aufbau eines mobilen Reaktionsteams, das bei
50 sicherheitsrelevanten Vorfällen in der Verwaltungs-IT unterstützt. Sowohl der
51 LDI als auch andere staatliche Stellen haben erhebliche Schwierigkeiten **IT-**
52 **Fachkräfte** zu finden und offene Stellen zu besetzen. Weitere Anstrengungen zur
53 Ausbildung und Anwerbungen von IT-Fachkräften sowie die Überarbeitung
54 bestehender Strukturen sind daher erforderlich, um die Kooperation mit externen
55 IT-Firmen zu reduzieren. Eigenes Know-how aufzubauen und zu stärken, spart nicht
56 nur Geld, sondern erleichtert auch die Einhaltung von Sicherheitsstandards.

57 Ferner ist es notwendig, die **Kommunen** beim Schutz von KRITIS zu unterstützen.
58 Die Landesregierung hat im Bereich der Cyberabwehr bereits einen ersten Schritt
59 getan und unterstützt insbesondere beim Schutz von Einrichtungen der

60 Daseinsfürsorge. Dafür wurde das Sicherheitsportal Cyberschutz Rheinland-Pfalz
61 eingerichtet, das Informationen zu Cyber-Angriffen und zu konkreten technischen
62 Absicherungsmöglichkeiten zum Schutz vor Cyber-Spionage und Cyber-Sabotage
63 bündelt und die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützt. Weitere Schritte müssen
64 folgen.

65 **Lehren aus der Flutkatastrophe: Bevölkerungsschutz ausbauen**

66 Die Flutkatastrophe 2021 hat uns auf schmerzlichste Art und Weise vor Augen
67 geführt, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist. Auf Grundlage der Aufarbeitung
68 müssen daher die richtigen Schlüsse gezogen und konsequent umgesetzt werden.
69 Insbesondere im Katastrophenfall offenbaren sich im Zivil- und
70 Katastrophenschutz große Lücken, die schnellstmöglich zu schließen sind. Es ist
71 notwendig, dass – wenn möglich – **KRITIS fernab von Gefahrenzonen** errichtet
72 werden. Des Weiteren brauchen wir einen Maßnahmenplan, um kommunale
73 Verwaltungseinrichtungen resilient gegen Extremwetter und Naturgewalten
74 aufzustellen. Dabei ist es wichtig, nachhaltige und klimaangepasste Maßnahmen
75 als Teil der Krisenresilienz zu ergreifen. Falls es zum Ausfall einzelner
76 Einrichtungen kommt, darf die Gesamtinfrastruktur keinen Schaden nehmen. Daher
77 braucht es redundante Systeme, die insbesondere im Katastrophenfall
78 belastungsfähig sind.

79 Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission gibt wichtige Hinweise, die bei der
80 Neuaufstellung des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz zu berücksichtigen
81 sind. Auch die Ankündigungen des Systemwandels im Katastrophenschutz hin zur
82 Verantwortung des Landes ist zu begrüßen.

83 **Freiwilliges Engagement stärken**

84 Den Kernbestandteil der allgemeinen nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bilden in
85 unserem Bundesland die vielen ehrenamtlich Engagierten. Den freiwilligen
86 Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen kommt dabei
87 eine zentrale Rolle zu. Sie leisten täglich großartiges und retten
88 beispielsweise bei Verkehrsunfällen oder im abwehrenden Brandschutz
89 Menschenleben. Ihnen gilt unser Dank. In Krisenzeiten haben ihre Aufgaben eine
90 noch größere Bedeutung für unsere Gesellschaft. Allerdings ist es wichtig, dass
91 in Rheinland-Pfalz die obersten Katastrophenschutzebene in den Landkreisen und
92 kreisfreien Städten, die Brand- und Katastrophenschutzinspektoren, zukünftig
93 professionalisiert und besser ausstatten wird. Eine Professionalisierung gibt
94 dem Ehrenamt den Rückhalt, den es braucht. Gleichzeitig kann durch eine
95 Professionalisierung eine bessere Verzahnung des Katastrophenschutzes vor Ort,
96 aber auch überkommunal erreicht werden. Ein **gut ausgestatteter**
97 **Bevölkerungsschutz** ist eine Rückversicherung für den Fall der Fälle für die rund
98 vier Millionen Menschen in unserem Bundesland. Eine nachhaltige Stärkung dieser
99 Strukturen, wird auch über die aktuelle Krisensituation hinaus von großer

100 Bedeutung sein. Denn mit der Klimakatstrophe erwarten uns immer mehr
101 Großschadenslagen infolge von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen.

102 Eine der Lehren aus den Katastrophen der letzten Jahre ist, dass diese keinen
103 Halt vor Kommunen-, Länder- oder Bundesgrenzen machen. Auch Ressort- und
104 Zuständigkeitsgrenzen werden im Katastrophenfall überschritten. **Wir brauchen**
105 **daher dringend eine bessere Verzahnung, ohne die neue Investitionen nicht die**
106 **gewünschten Wirkungen erzielen können.** Die Zusammenarbeit zwischen unseren
107 Kommunen, Land und mit anderen Bundesländern ist dabei in den Vordergrund zu
108 stellen. Durch die geographische Lage von Rheinland-Pfalz ist eine gute
109 Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern in der Großregion ebenso elementar. In
110 diesem Sinne sind regelmäßige grenz- und ressortübergreifende Übungen für
111 Katastrophenlagen wichtig. Nur so können Fähigkeitslücken erkannt und abgebaut
112 werden.

113 Wir stellen fest, dass der Schutz von KRITIS erhebliche finanzielle Mittel
114 binden wird. Diese Investitionen werden uns aber für Bedrohungs- und
115 Gefahrenlagen wappnen und schaffen nebenbei auch zusätzliche Wertschöpfung vor
116 Ort. Seien es Warnmechanismen, Trinkwasserkapazitäten, Notstromversorgung,
117 spezielle Fahrzeuge und Hubschrauber oder eine bedarfsgerechte und zeitgemäße
118 IT-Sicherheit. All das schützt die Menschen in Rheinland-Pfalz, nicht nur in der
119 aktuellen Krisensituation, sondern auch vor den Gefahren durch Naturkatastrophen
120 und den Folgen der Klimakrise. Wir müssen nun aus den Katastrophen und
121 Bedrohungen der letzten Jahre die richtigen Schlüsse ziehen und handeln, um
122 unser Bundesland beim Schutz kritischer Infrastruktur und beim
123 Bevölkerungsschutz krisenresilient aufzustellen.